BBM Projektforum

Berufliche Bildung von Migrant/-innen

Dezember 1993

INHALT

Seite

Tagungsankündigung
Interkulturelle Bildungsarbeit in der beruflichen Qualifizierung von Migrant/innen?
(Vom 16. bis 18. Februar 1994 in Hofgeismar) 3

Berichte
- Beiratssitzung des Projekts BBM 6
- Arbeitskreis Auswertung und Dokumentation 13
- Arbeitskreis Weiterbildungsbegleitende Hilfen 14
- Tagung Berufsorientierter Deutschunterricht 15

Informationen zur 11. Novelle AFG und zum ESF 19

Nachrichten, Informationen, Materialien, Pinnwand 22

Beruf und Weiterbildung

Pädagogische Arbeitsstelle (PAS) • Institut für Erwachsenenbildung
des Deutschen Volkshochschul-Verbandes

BBM Projektforum erscheint im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft befristet geförderten Projekts "Entwicklung und Erprobung eines Konzepts zur beruflichen Qualifizierung von ausländischen Arbeitnehmer/-innen" (BBM) der Pädagogischen Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e.V..

Die Pädagogische Arbeitsstelle (PAS) • Institut für Erwachsenenbildung des DVV wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft und der Länder institutionell gefördert. Sie vermittelt als wissenschaftlicher Dienstleistungsbetrieb zwischen Forschung und Praxis der Erwachsenenbildung. Ihre Tätigkeit besteht vor allem darin,

- für Wissenschaft und Praxis Informationen, Dokumente und Materialien zur Verfügung zu stellen,
- in Konferenzen, Arbeitsgruppen und Projekten die Erwachsenenbildung/Weiterbildung wissenschaftlich und praktisch zu entwickeln.
- Publikationen zu wissenschaftlichen und praktischen Fragen der Erwachsenenbildung/Weiterbildung zu veröffentlichen,
- Forschungsarbeiten zu initiieren und selbst Forschungen durchzuführen,
- Forschungsergebnisse zu vermitteln.

BBM Projektforum soll zum Informations- und Erfahrungsaustausch der in der beruflichen Bildung von Migrant/-innen Tätigen dienen.
Alle Leserinnen und Leser werden ausdrücklich gebeten, Wissenswertes und Nützliches, Bewährtes oder Innovatives zur Veröffentlichung mitzuteilen.

Redaktion: Petra Szablewski-Çavuş , Dr. Walter Bender

Anschrift:
Pädagogische Arbeitsstelle des DVV
- Projekt BBM -
Holzhausenstr. 21
60322 Frankfurt/M.

Tel: 069/154005-273

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Pädagogischen Arbeitsstelle des DVV wieder.

Tagungsankündigung

"Interkulturelle Bildungsarbeit in der beruflichen Qualifizierung von Migrant/-innen?"

Zweite Fortbildungskonferenz des Projekts BBM

16. - 18. Februar 1994 in Hofgeismar

Ansätze interkultureller Bildungsarbeit sind aus der Ausländerpädagogik der 60er Jahre und als Kritik an deren Ansatz entstanden, Ausländer durch kompensatorische Maßnahmen an die deutsche Kultur zu assimilieren. Konzepte interkulturellen Lernens gehen dagegen nicht von der Dominanz einer Kultur, sondern der Differenz prinzipiell gleichberechtigter "Mehrheits"- bzw. "Minderheits"-Kulturen aus. Durch ein wechselseitiges Voneinander-Lernen soll eine gegenseitige Bereicherung der Kulturen ermöglicht werden.

Ein sehr provokatives Element besteht darin, daß die Adressaten interkultureller Bildungsarbeit nicht allein die (Arbeits-) Migrant/-innen sind, auf die "Eingliederungsprobleme" abgeschoben werden können; sondern Ausländer und Deutsche sind gleichermaßen gefordert, sich mit gewohnten gesellschaftlich-kulturellen "Selbstverständlichkeiten" reflexiv und kritisch auseinanderzusetzen. Es ist nicht erstaunlich, daß ein solches distanzierendes Hinterfragen deutscher Kultur und Identität gerade heute sehr umstritten ist.

In Bezug auf die berufliche Qualifizierung von Immigrant/-innen kommt erschwerend hinzu, daß Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen durch Sparbeschlüsse derart komprimiert sind, daß man sich fragen muß, ob und an welcher Stelle Elemente interkultureller Bildungsarbeit überhaupt einfließen könnten.

Dennoch: Ein berufsqualifizierender Bildungsprozeß ist - ob beabsichtigt oder nicht - immer ein Lernprozeß, an dem (heute fast die Regel) Teilnehmer unterschiedlicher Nationalitäten bzw. Kulturen und (zumeist deutsche) Ausbilder und Lehrkräfte in einem betrieblichen Rahmen arbeiten, der durch die hiesige Gesellschaft, Wirtschaft und Politik geprägt ist. Für die Migrant/-innen findet dort eine berufliche und gesellschaftliche Sozialisation, eine Enkulturation statt, wie sich umgekehrt die beteiligten Deutschen ein Bild ihrer ausländischen Kollegen formen.

Für solche stattfindenden interkulturellen Prozesse zu sensibilisieren, sie nicht dem Zufall und der Beliebigkeit zu überlassen, sondern sie in didaktische Reflexionen einzubeziehen und sie dadurch erklärbar und z.T. gestaltbar zu machen, ist ein Anliegen interkultureller Bildungsarbeit in der beruflichen Qualifizierung von Migrant/-innen. Das Ziel ist dabei nicht, eine *Akzeptanz* vorhandener oder neu zu schaffender *Normen* oder *Werte* herbeizuführen - also zum Beispiel eine *ausländerfreundliche Moral*. Ebensowenig ist die Abwertung oder die (romantische) Verklärung oder Mystifizierung fremder oder der eigenen Kultur beabsichtigt. Sondern es geht darum, sie aus dem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext als spezifische Gestaltung bestimmter Lebensbedingungen zu erklären.

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen werden also sehr bewußt interkulturelle Lernprozesse didaktisch zu berücksichtigen bzw. einzuplanen haben, wenn ausländischen Teilnehmern Chancen zu einer selbstbestimmten "Integration" eröffnet und gemeinsame bzw.

interkulturelle Lernprozesse ermöglicht werden sollen. Zu einer solchen Förderung, die hohe Ansprüche an die Qualifikation, die Kompetenz und die Sensibilität der Lehrkräfte und Berater/-innen stellt, müssen diese auch entsprechend ausgebildet werden.

Auf der 2. Fortbildungskonferenz des Projekts "Berufliche Bildung von Migrant/-innen" der PAS/DVV soll deshalb der Stellenwert interkultureller Bildungsarbeit a) in den Maßnahmen selbst, b) in der Fortbildung von Mitarbeitern untersucht werden. In Referaten, Arbeitsgruppen und der praktischen Darstellung von Fortbildungskonzepten steht zur Diskussion, ob bzw. wie eine "kulturelle Selbstreflexion" aller Beteiligten in der Qualifizierung von Migrant/-innen angeregt und gefördert werden kann.

Die Vorstellung bereits erprobter Seminarkonzepte soll dazu dienen, die verschiedenen Ansätze, ihre theoretischen Grundannahmen und ihre Einsatzmöglichkeiten kennenzulernen und zu analysieren. Auf dieser Basis sollen Überlegungen in Richtung auf ein differenziertes Fortbildungskonzept für verschiedene Mitarbeitergruppen bzw. -teams angestellt werden. Die Teilnehmerzahl ist deshalb, um die Arbeitsfähigkeit der Konferenz zu gewährleisten, bewußt niedrig gehalten worden.

Fortbildungskonferenz	**Interkulturelle Bildungsarbeit in der beruflichen Qualifizierung von MigrantInnen?**
Veranstaltungs-Nr.:	0701
AdressatInnen:	MitarbeiterInnen im Bereich der beruflichen Qualifizierung von ausländischen ArbeitnehmerInnen
Inhalt:	Überlegungen zu einer interkulturellen Bildungsarbeit sind im Rahmen der "Ausländerpädagogik" und als Kritik an ihrem assimilierend-integrativen Ansatz entstanden. Die Notwendigkeit von Eingliederungshilfen z.B. in der beruflichen Bildung ist zwar unstrittig. Als problematisch und in der aktuellen Situation unzureichend wird jedoch deren Einseitigkeit und die Dominanz "deutscher Kultur" angesehen. Auf der 2. Fortbildungskonferenz des Projekts "Berufliche Bildung von MigrantInnen" der PAS/DVV soll der Stellenwert interkultureller Bildungsarbeit a) in den Maßnahmen selbst, b) in der Fortbildung von Mitarbeitern untersucht werden. In Referaten, Arbeitsgruppen und der praktischen Darstellung von Fortbildungskonzepten steht zur Diskussion, ob und wie eine "kulturelle Selbstreflexion" aller Beteiligten in der Qualifizierung von MigrantInnen angeregt und gefördert werden kann.
Konferenzleitung:	Dr. Walter Bender, PAS/DVV Petra Szablewski-Cavus, PAS/DVV
Inhaltliche Nachfragen bei:	Petra Szablewski-Cavus Tel. 069/154005-172
Teilnehmerzahl:	20 Personen

Termin:	Anreise am 16.02.1994 bis 14.00 Uhr Abreise am 18.02.1994 ab 12.30 Uhr
Tagungsort:	Evangelische Akademie Hofgeismar Schlößchen Schönburg 34369 Hofgeismar Tel. 05671/881-0
Unterbringung:	Die Unterbringung erfolgt in der Tagungsstätte in Einzelzimmern.
Kosten:	Die Kosten für die Teilnahme, Unterbringung und Verpflegung trägt das Projekt "Berufliche Bildung von MigrantInnen" der PAS/DVV. Das Projekt wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft (BMBW) gefördert.Die Fahrtkosten (Bahnfahrt 2. Klasse) können - falls die Erstattung von anderer Stelle nicht möglich ist - übernommen werden.
Anmeldeschluß:	21. 01. 1994
Anmeldung:	Unter Angabe der Veranstaltungsnummer 0701 an: Pädagogische Arbeitsstelle des DVV Beruf und Weiterbildung/BBM Petra Szablewski-Çavuş Holzhausenstr. 21 60322 Frankfurt/M. Tel: 069/154005-172

Berichte

Beiratssitzung des Projekts BBM

Am 23. November 1993 fand die erste Sitzung des Projektbeirats BBM in der Pädagogischen Arbeitsstelle des DVV in Frankfurt statt.

Anwesend waren Vertreter des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, der Bundesanstalt für Arbeit, des Bundesinstituts für Berufsbildung, des Sprachverbands, der Arbeitsgemeinschaft hessischer Ausländerbeiräte, der PAS und die Mitarbeiter des Projekts. Thematisiert wurden

1. die aktuelle Beschäftigungs- und Weiterbildungsituation von Migranten in der Bundesrepublik Deutschland (West),
2. Berichte zum Entwicklungsstand des Projekts BBM und
3. zu den zukünftigen Arbeitsschwerpunkten, sowie
4. die Aufgaben und Möglichkeiten des Beirats.

1. Zur aktuellen Beschäftigungs- und Weiterbildungsituation von Migranten in der Bundesrepublik Deutschland (West)

Ausländische Arbeitskräfte tragen ein überproportional hohes Arbeitsmarktrisiko. Während die Arbeitslosenquote im September 1993 insgesamt 8,5% betrug, lag sie bei Ausländern mit 16,2% fast doppelt so hoch.

Entwicklung der Arbeitslosenquoten

Jahr	Alo-Quote	Alo- Quote Ausländer	Differenzen absolut	Differenzen relativ (%)
1980	3,8	5,0	1,2	31,6
1981	5,5	8,2	2,7	49,1
1982	7,5	11,9	4,4	58,7
1983	9,1	14,7	5,6	61,5
1984	9,1	14,0	4,9	53,8
1985	9,3	13,9	4,6	49,5
1986	9,0	13,7	4,7	52,2
1987	8,9	14,3	5,4	60,7
1988	8,7	14,4	5,7	65,5
1989	7,9	12,2	4,3	54,4
1990	7,2	10,9	3,7	51,4
1991	6,3	10,7	4,4	69,8
1993/8	8,4	15,3	6,9	81
1993/9	8,5	16,2	7,7	90

Jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquoten
Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit

Die überproportionale Arbeitslosigkeit dieser Personengruppe ist nicht erst das Resultat der jüngsten Wirtschaftsrezession. Sondern durch den Strukturwandel der Wirtschaft, die Einführung neuer Technologien und Produktionsmethoden wurden in den vergangenen Jahren Millionen von Arbeitsplätzen für un- und angelernte Arbeitskräfte eingespart, die zum großen Teil von Ausländern besetzt waren. Bedingt durch den steigenden Bedarf an sogenannten "tertiären" Tätigkeiten in allen Arbeitsmarktsektoren werden zunehmend Fachkräfte benötigt, die hohe berufliche und soziale Qualifikationen mit breitem Wissensniveau und Flexibilität verbinden (Lenske, IdW 1993). Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sieht eine Fortsetzung dieses Trends durch den Wegfall von 3 Mio. Arbeitsplätzen für minder Qualifizierte bis zum Jahr 2000. Nach einer Prognose der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung vom März 93 wird der Anteil an Arbeitsplätzen für Unqualifizierte von zur Zeit ca. 25% auf ca. 13% im Jahr 2010 zurückfallen.

Beschäftigungsstruktur von Ausländern 1992

Die Entwicklung der Beschäftigungsstruktur von Ausländern zeigt bei Jüngeren einen deutlichen Trend hin zum Dienstleistungsbereich und Handel; dennoch bietet das verarbeitende Gewerbe immer noch 40% der Arbeitsplätze für jüngere Ausländer. Damit folgt die Ausländerbeschäftigung zeitversetzt einem Trend der Beschäftigungsstruktur der deutschen Arbeitskräfte, auch wenn traditionelle Berufsausbildungen bei ausländischen Jugendlichen noch überwiegen (bei den Jungen Metallbauer 19,5%, Kfz-Mechaniker 13,4%, Elektro- oder Gas- und Wasserinstallateur 20,7%, Maler/Lackierer 9,3%, bei Mädchen Friseuse 20,7%, Arzt- oder Apothekenhelferin 20,4%)

	Gesamt	**20-24 Jährige**	**15-19 Jährige**
Verarbeitendes Gewerbe	60%	43,7%	40,2%
Baugewerbe	7,5%	7,7%	8,3%
Handel	8%	11,9%	15,4%
Sonstige Dienstleistungen	25%	25,9%	26,9%

Aus- und Weiterbildung ausländischer Arbeitskräfte

Die Gründe für die überproportionale Betroffenheit der Ausländer vom allgemeinen Arbeitsplatzabbau in Krisenzeiten sind in ihrer mehrfachen Benachteiligung zu suchen. Ein Grund stellt der oft unterdurchschnittliche bzw. fehlende Schul- und Berufsabschluß dar.
Während nach einer Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) 1991/92 nur noch 15% der Deutschen (16% der Westdeutschen) ohne einen formalen Berufsabschluß waren, sind 51% der Ausländer/-innen (62% der Frauen, 46% der Männer) ungelernt. Bei Arbeitslosen lag der Anteil der Ungelernten im Westen bei 45,8% (Sept. 92), während 80% der arbeitslosen Ausländer ohne Abschluß waren (Bundesanstalt für Arbeit 1991).

Die Ausbildungsquote ausländischer Jugendlicher hat sich in den letzten 10 Jahren nahezu verdoppelt, sie liegt jedoch immer noch erheblich unter den deutschen Abschlüssen von 70%. Und selbst wenn sich dieser Aufwärtstrend fortsetzt, wird er durch die Strukturentwicklung der beruflichen Qualifizierung insgesamt wieder entwertet: Der

Lehrabschluß wird - wenn man der provozierenden These von Karl-Heinz Geißler folgt - immer weniger zu einem tatsächlichen Abschluß mit Statuszuweisung und zunehmend darauf reduziert, als bloße Eignungsvoraussetzung für betriebliche Karrieren über Weiterbildung zu dienen. Damit nimmt der Lehrabschluß in der individuellen Berufs- und Bildungsbiographie einen immer geringeren Stellenwert ein.

Ausländische Auszubildende 1980-1990

Ausbildungsquote (in %)

Jahr	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Anteil an allen Auszubildenden %
1980	21,8	16,0	19,3	2,1
1982	24,0	15,3	20,2	2,6
1984	29,5	17,4	24,1	2,7
1986	31,8	18,6	25,4	3,2
1988	37,1	23,5	30,8	4,4
1990	40,0	30,0	35,5	6,7

Quelle: DGB

Die berufliche Ausbildung verliert gegenüber weiterführenden Schulen und Studium, die von einer zunehmenden Zahl deutscher Jugendlicher gewählt werden (1993 66%, 35% bei Ausländern) weiter an Attraktivität. D.h., die Ausbildungssituation der zukünftigen ausländischen Arbeitskräfte verbessert sich zwar absolut, der relative Abstand zu den zunehmend höher qualifizierten Deutschen wird jedoch nicht verringert. Die Unterschichtung des deutschen Beschäftigungssystems durch Ausländer wird auch in Zukunft auf einem insgesamt höherem Niveau bestehen bleiben.

In AFG-geförderten Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung im Bundesgebiet West waren im Zeitraum Januar bis August `93 15.000 Eintritte von Ausländern zu verzeichnen (6300 weniger als im Vorjahr). Das entspricht etwa einem Teilnehmerstand von 22.000 Ausländern zu 285.000 Deutschen im August `93. Verheerend wirken sich für Ausländer Einsparungen beim AFG aus, die z.B. das Nachholen von Schulabschlüssen von der Förderung ausschließen. Mit dem Verfehlen dieser Grundabschlüsse ergibt sich für die Betroffenen ein Teufelskreis mit wenig Ausstiegschancen: denn die Gruppe der An- und Ungelernten, die in der Regel als erste und am stärksten von Rationalisierungsmaßnahmen betroffen sind, profitiert am wenigsten von betrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen. Bei den für die Teilnahme an Weiterbildung wichtigen Kriterien betrieblich erworbene Qualifikation und eingeschätzte Qualifizierungsfähigkeit haben Ausländer zumeist das Nachsehen, wobei z.T. die bei An- und Ungelernten wenig geforderte Sprachfähigkeit eine Rolle spielte.
Doch auch wenn es Ausländern unter den restriktiven Bedingungen des hiesigen Bildungs- und Weiterbildungssystems gelingt sich zu qualifizieren, haben sie selbst bei vergleichbarer Qualifikation weniger Chancen gegenüber ihren deutschen Kolleg/-innen.

Konsequenzen

- Zwar kann ein formaler, allgemein anerkannter Abschluß keinen Anschlußarbeitsplatz garantieren und wird vielleicht nicht direkt im betreffenden Berufszweig angewandt. Dies ist z.Zt. schon für Deutsche schwierig, und wird Migranten, aus Gründen, die nicht in ihrer Person, sondern in ihrer Nationalität liegen, noch härter

treffen. Dennoch ist dieser formale Abschluß (kein internes Zertifikat) als erster Ausweis der Qualifizierungsfähigkeit eines Arbeitnehmers äußerst wichtig.

- Die prinzipielle Bevorzugung von betrieblichen Umschulungen durch das AFG ist durch WBH "abzufedern", um besonderen Zielgruppen wie z.B. Ausländern überhaupt eine Chance der Beteiligung zu gewähren. Unterm Strich lassen sich damit sogar Kosten sparen.
- Bereits heute ist das Phänomen feststellbar, daß sowohl das Langzeitarbeitslosenprogramm wie auch ESF-Förderprogramme zunehmend nicht mehr zur Anschub- oder Modellfinanzierung, sondern zur Kompensation der Einsparungen des AFG genutzt werden. Dies weist auf die Notwendigkeit der Entwicklung von Regelförderprogrammen für Zielgruppen hin, die aus Steuermitteln zu finanzieren sind.
- Wenn berufliche Karrieren zunehmend erst in der betrieblichen Weiterbildung (auf Basis der "Zulassungsprüfung Berufsabschluß") entstehen, ist zur Förderung von Ausländern auch dieser Bereich verstärkt z.B. durch Fortbildung der Aus- und Weiterbildner im interkulturellen Bereich zu berücksichtigen. Zwar sind Betriebe prinzipiell kosmopolitisch eingestellt, aber - abgesehen von einer beobachtbaren "statistischen Diskriminierung" von Ausländern - fehlt es oft an Fördermöglichkeiten oder -fähigkeiten.

Diskussionsschwerpunkte waren in diesem Themenabschnitt:

- Kann beim Thema Ausländerqualifizierung pauschalierend von "Benachteiligten" gesprochen werden? Welcher Maßstab wird dabei zugrunde gelegt? Zu differenzieren sei zwischen der 1. Generation der Immigranten, die z.T. bereits im Rentenalter sei und der 2. Generation, die aufgrund der Rückkehrhoffnungen der Eltern Bildungs- und Berufsabschlüsse vernachlässigt habe.
  Qualifizierungsmaßnahmen seien deshalb zielgruppen- und teilnehmerbezogen zu gestalten.
- Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Lage sei ein grundsätzliches Überdenken von Berufsbildungsmaßnahmen für Migrant/-innen erforderlich, um bereits eingetretene "Verkrustungen" aufzubrechen. Statt Defizitbe- und -zuschreibungen sei eine "Positivanalyse" erforderlich, die auf den Potentialen der ausländischen Bevölkerung aufbaut. In Bezug auf die Gestaltung, Finanzierung, Organisation und die Formen müßten Qualifizierungsmaßnahmen in Zukunft "offener" und flexibler konzipiert werden.
- Statt immer wieder neuer Modellversuche sei auf Regelförderungsmöglichkeiten zu dringen. Dabei müssen für bildungsferne Personengruppen neue Ansprechformen zur Bildungs- und Berufsinformation bzw. -motivierung gefunden werden, damit Förderungsmaßnahmen auch ein entsprechendes "Echo" bei Ausländern und ihren Familien finden. Neben Vorförderungs-, Begleit- und Nachbereitungskursen kommt sowohl der erwachsenpädagogischen Kompetenz der Ausbilder wie der Beratungskompetenz z.B. der Arbeitsberater in den Arbeitsämtern eine große und bisher vernachlässigte Bedeutung zu.

2. Aufgaben und Entwicklungsstand des Projekts "Berufliche Bildung von Migrant/-innen"

Aufgabenstellung des Projekts BBM

- Überregionale Koordination von Qualifizierungsmaßnahmen für Migrant/-innen

- Entwicklung und Erprobung von Fortbildungskonzepten für das Personal in der beruflichen Weiterbildung mit ausländischen Arbeitnehmern
- Entwicklung und Erprobung von Handreichungen für die berufliche Weiterbildung im interkulturellen Kontext
- Wissenschaftliche Begleitung und Auswertung der Qualifizierungsmaßnahmen

Es sollen Akzente in der bildungspolitischen Diskussion zugunsten ausländischer Arbeitnehmer/-innen gesetzt und die Bedingungen für eine berufliche Qualifizierung dieses Personenkreises durch eine verstärkte öffentliche Diskussion verbessert werden.

2.1 Überregionale Koordination von Qualifizierungsmaßnahmen für Migrant/-innen

Bereits im Vorfeld und zu Beginn der Projektarbeit wurden *Kontakte zu Einrichtungen*, die in diesem Bereich arbeiten bzw. beabsichtigen zu arbeiten aufgenommen.
Bei Besuchen von Projektstädten und Gesprächen mit den dort Tätigen war zunächst, bedingt durch die Novelle des AFG (18.12.1992), die Beratung in Fragen der AFG-Förderung bei neu anvisierten Projekten übergewichtig.

Ein s*trukturierter Erfahrungsaustausch* mit Interessenten auf überregionaler Ebene zu Fragen der beruflichen Qualifizierung von Migrant/-innen fand auf einer dreitägigen Fortbildungskonferenz statt (40 Teilnehmer/-innen, 5. - 7. Mai 1993). Themen waren dabei u.a. - aktualitätsbedingt - Information und Diskussion über Finanzierungsmodalitäten bzw. konzeptionelle Rahmenbedingungen für verschiedene Finanzierungsansätze, Vorstellung und Diskussion der verschiedenen Arbeitsansätze und Schwerpunktsetzungen und Abgleich zwischen Projekt und Maßnahmeträgern zu den erwarteten Hilfestellungen des Projekts, Information und Beratung zu den sich verändernden Rahmenbedingungen von Angeboten, inhaltliche Erarbeitung zu bestimmten Fragestellungen (Auswertung von bereits durchgeführten Projekten/Maßnahmen, Konkretisierung eines Konzepts für umschulungs- bzw. weiterbildungsbegleitende Hilfen, Erarbeitung und Hilfe bei der Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen vor Ort oder regional begrenzt, inhaltliche Fundierung zu den Angeboten berufsbezogenen Deutschunterrichts).

Dem regelmäßigen Informationsaustausch soll das vom Projekt konzipierte *"BBM-Projektforum"* dienen, das in unregelmäßiger Erscheinungsweise - nach Bedarf - vom Projekt herausgegeben und verschickt wird. Das Spektrum der Beiträge reicht von Änderungen im Arbeitsförderungs-, Arbeitserlaubnis-, Ausländerrecht, im Berufsbildungsbereich, relevanten Aussagen von beteiligten Institutionen, neueren Literaturhinweisen, Nachrichten von Maßnahmeträgern, relevanten Tagungshinweisen bis zu Informationen zum Stand des Projekts.

2.2 Wissenschaftliche Begleitung und Auswertung von Qualifizierungsmaßnahmen

In Bezug auf die unmittelbare wissenschaftliche Auswertung konkreter Bildungsmaßnahmen sind Interviews mit Lernenden und Lehrenden bisher bereits in Mannheim, Hamburg und Bremen durchgeführt worden. Die Erhebungen werden in anderen Qualifizierungsprojekten fortgeführt. Eine erste - noch sehr vorläufige Auswertung der

bisher durchgeführten Interviews führte hinsichtlich der Teilnehmer zu den Ergebnissen:

- Die Teilnehmer haben meistens nicht über das Arbeitsamt von solchen Qualifizierungsmaßnahmen erfahren.
- Sie sind häufig inhaltlich hoch motiviert und sehen in einem Abschluß "eine letzte Chance", die sie nutzen wollen.
- Es gibt durchaus die Sichtweise, daß nicht unbedingt in dem zu erlernenden Beruf die Chance besteht, sondern in dem "Abschluß" als solchem.
- Die Ausbilder/-innen sind teilweise nur unzulänglich über den Einfluß der Alltagsprobleme auf den Lernverlauf informiert; dort wo Sozialpädagogen den Lernprozeß begleiten und ein Austausch zwischen Ausbildern und Sozialpädagogen stattfindet, empfinden die Teilnehmer den Lernprozeß weniger anstrengend.

Ein im Anschluß an die 1. Fortbildungskonferenz gebildeter *Arbeitskreis Auswertung und Dokumentation* hat sich die Aufgabe gestellt, die Arbeitsansätze von Modellmaßnahmen und Projekten im Bereich der beruflichen Qualifizierung mit Migrant/-innen aufzulisten und so aufzubereiten, daß bei der Erstellung zukünftiger - regionaler - Arbeitsvorhaben in diesem Bereich möglichst umfassend und schnell auf bereits vorliegende Ergebnisse mit ähnlichen Zielvorstellungen bzw. Rahmenbedingungen zurückgegriffen werden kann. Zu diesem Zweck soll eine Kurzdarstellung des Projekts/der Modellmaßnahme nach einem Raster erstellt werden, das in Kürze über die wesentlichen Rahmenbedingungen informiert und mit ausführlichen Hinweisen auf veröffentlichte Ergebnisse ergänzt wird.

Der *Arbeitskreis Weiterbildungsbegleitende Hilfen* entwickelt auf Basis der Auswertung von Erfahrungen aus Modellprojekten im Jugend- und Erwachsenenbereich konzeptionelle Überlegungen zu zielgruppenorientierten Programmen für weiterbildungsvorbereitende-, begleitende und -nachbetreuende Hilfen im Rahmen eines sozialpädagogischen Konzepts.

Die Entwicklungsarbeit des Projekts wird durch eine ständige *Öffentlichkeitsarbeit* ergänzt. Durch Vorstellung des Projekts bei nationalen und internationalen Verbänden, in Fachzeitschriften und -publikationen und auf Fachtagungen im Bereich der beruflichen Bildung sollen Akzente in der bildungspolitischen Diskussion zugunsten der Förderung ausländischer Arbeitnehmer/-innen gesetzt werden.

3. Zukünftige Arbeitsschwerpunkte des Projekts BBM

3.1 "Entwicklung und Erprobung eines Fortbildungskonzepts für das Personal in der beruflichen Weiterbildung von ausländischen Arbeitnehmer/-innen"

Die besondere Spezifik der zielgruppenorientierten Weiterbildungsarbeit mit Migrant/-innen wird unter dem Arbeitsbegriff *"Interkulturelle Bildungsarbeit"* Gegenstand der *2. Fortbildungskonferenz* des Projekts BBM im Februar 1994 sein. Dabei soll der Stellenwert interkultureller Bildungsarbeit a) in den Maßnahmen selbst, b) in der Fortbildung von Mitarbeitern untersucht werden.
Überlegungen zu einer interkulturellen Bildungsarbeit sind im Rahmen der "Ausländerpädagogik" und als Kritik an ihrem assimilierend-integrativen Ansatz entstanden. Die Notwendigkeit von Eingliederungshilfen z.B. in der beruflichen Bildung ist zwar unstrittig. Als problematisch und in der aktuellen Situation unzureichend wird jedoch deren Einseitigkeit und die Dominanz "deutscher Kultur" angesehen. In Referaten, Arbeitsgruppen und der praktischen Darstellung von Fortbildungskonzepten steht zur

Diskussion, ob und wie eine "kulturelle Selbstreflexion" aller Beteiligten in der Qualifizierung von MigrantInnen angeregt und gefördert werden kann.
In Verbindung mit dieser Fortbildungskonferenz soll ein *Arbeitskreis "Fortbildung"* eingerichtet werden mit dem Ziel, Fortbildungsbausteine zum Bereich Interkulturelle Bildungsarbeit zu entwickeln und auf regionaler bzw. vor allem auch auf betrieblicher Ebene zu erproben.

Ein weiterer *Arbeitskreis "Berufsorientiertes Deutsch"* soll Konzepte für einen integrierten Deutschunterricht und zur Mitarbeiterqualifizierung entwickeln. Denn die Umschulung als Ganzes ist für die Teilnehmer auch Deutschunterricht und der Unterricht sollte diesem Tatbestand entsprechen. D.h., es geht um integriertes, nicht additives Lernen von Deutsch als Umgangs- *und* Schriftsprache, als Allgemein- und Fachsprache in Zusammenhang mit Fachtheorie und Grundlagenfächern. Die Bedeutung der Sprachkompetenz für die berufliche Qualifizierung der Migrant/-innen und die Einschätzung ihrer weiteren Qualifizierungsfähigkeit kann nicht hoch genug eingeschätzt werden!

3.2. Entwicklung und Erprobung von Handreichungen und Materialien

Für Praktiker in der beruflichen Bildung von Migrant/-innen in Bildungsinstitutionen und Betrieben werden *Praxishilfen* entwickelt, in die die Ergebnisse der Fachkonferenzen, der Arbeitskreise und der wissenschaftlichen Begleitung einfließen sollen. Geplant sind:

- Praxishilfen für die berufliche Bildung von Migrant/-innen

1. Band Einführung in das Themengebiet (Erprobungsfassung in Arbeit)
2. Band Interkulturelle Fortbildung (Arbeitsbegriff)
3. Band Zielgruppenorientierte Konzepte zur Vorförderung, für weiterbildungsbegleitende Hilfen und zur Nachbetreuung für die BBM
4. Band Auswahlbibliographie BBM (Erprobungsfassung in Arbeit)

Ferner wird unter Mitwirkung des Projekts zur Zeit ein *Materialienheft zum Thema interkulturelles Lernen* erstellt, das im Rahmen des Fachperiodikums DIE-Materialien für Erwachsenenbildung erscheinen wird.

Diskussionsschwerpunkte zum Entwicklungsstand und zu den zukünftigen Aufgaben des Projekts:

- In Anbetracht der Ausdifferenzierung der Zielgruppe ausländische Arbeitskräfte und der momentanen Vielfalt der Projektaufgaben sei eine Konzentration auf wenige wesentliche Punkte notwendig. Dafür sei insbesondere eine Eingrenzung der Adressaten von Mitarbeiterfortbildung im Bereich der BBM und eine Präzisierung von Arbeitsansätzen erforderlich.
- Dies betreffe insbesondere den Begriff "interkulturelle Bildungsarbeit" und die zugrunde liegenden theoretischen Annahmen, die - insbesondere seitens der Arbeitgeber - nicht unumstritten seien. Diese Bedenken sollten auf der Fortbildungskonferenz thematisiert werden.

- In diesem Zusammenhang wurde auch dafür votiert, den Reflexionsrahmen des Beirats zu erweitern, indem die Sicht der Arbeitgeber - bzw. auch die der Gewerkschaften - durch eine Vertretung im Beirat mit einbezogen wird.

4. Aufgaben und Möglichkeiten des Projektbeirats

Der Beirat versteht sich als ein Fachbeirat, ein Gremium von Experten, das die Projektarbeit kritisch begleitet und bildungspolitische "Rückendeckung" für die Ziele und Aufgaben des Projekts geben kann. Wichtig sei der laufende Kontakt und die gegenseitige Information.

Die nächste Beiratssitzung ist für den 8. Juni 1994 in der PAS des DVV in Frankfurt geplant.

Mitglieder des Beirats sind:
Herr Pribic, Arbeitsgemeinschaft der hess. Ausländerbeiräte; Herr Höfling, Bundesanstalt für Arbeit; Herr Kühn, Bundesinstitut für Berufsbildung; Herr Buss, Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft; Herr Vogt, Bundesminsterium für Arbeit; Frau Paleit, Sprachverband; Frau Prof. Dr. Boos-Nünning, Universität Essen; Herr Dr. Sen, Zentrum für Türkeistudien.

♦

AK Auswertung und Dokumentation

Der Arbeitskreis "Auswertung und Dokumentation" erachtet es als erstrebenswertes Ziel, die Arbeitsansätze von Modellmaßnahmen und Projekten im Bereich der beruflichen Qualifizierung mit Migrant/-innen aufzulisten und so aufzubereiten, daß bei der Erstellung zukünftiger - regionaler - Arbeitsvorhaben in diesem Bereich möglichst umfassend und schnell auf bereits vorliegende Ergebnisse mit ähnlichen Zielvorstellungen bzw. Rahmenbedingungen zurückgegriffen werden kann. Zu diesem Zweck soll eine Kurzdarstellung des Projekts/der Modellmaßnahme nach einem Raster erstellt werden, das in Kürze über die wesentlichen Rahmenbedingungen informiert und mit ausführlichen Hinweisen auf veröffentlichte Ergebnisse ergänzt wird.

Wünschenswert ist darüber hinaus eine Auflistung auch der unveröffentlichten Berichte zu den Projekten/Modellmaßnahmen, die allerdings nur dann tatsächlich sinnvoll ist, wenn gewährleistet werden kann, daß diese Berichte einzusehen sind. Da üblicherweise der Zugriff auf solche Berichte - auch in den durchführenden Institutionen - im Laufe der Zeit nach dem Ende der Maßnahme erschwert ist, wäre dringend zu prüfen, welche Formen der Sicherung solcher Ergebnisse möglich wären: Ideal wäre es , wenn die Berichte/Konzeptentwürfe an einer einzurichtenden Stelle gesammelt würden und dort von Interessenten - ggf. gegen Gebühr - zur Einsicht abgerufen werden könnten.

Der "Gebrauchswert" einer Dokumentation, wie sie geplant ist, erhöht sich in dem Maße, in dem sie ergänzungsfähig ist und "gepflegt" werden kann. D.h., neue Maßnahmen sollten schnell aufgenommen werden können und die Literaturangaben ergänzt werden. Zu prüfen ist, ob ein solches Vorgehen - z.B. in Form der Führung einer kleinen Datenbank oder Loseblattsammlung - realisierbar sein könnte. Hier wäre zu klären, welcher institutionelle Rahmen erforderlich ist.

Zunächst muß allerdings davon ausgegangen werden, daß die zu erstellende Dokumentation die Aufgabe erfüllen kann, "Historie" für den genannten Bereich bis zu einem Stichtag aufzuarbeiten.

Der Arbeitskreis votierte dafür, die Dokumentation dahingehend einzugrenzen, daß tatsächlich nur solche (Modell-) Maßnahmen und Projekte ab 1980 berücksichtigt werden sollen, die auf die berufliche Qualifizierung von Erwachsenen nicht-deutscher Herkunft zielen, wobei auch solche Maßnahmen aufzunehmen sind, die sich zwar allgemein an deutsche und ausländische Teilnehmer/-innen richten, in denen die Teilnahme von Ausländer/-innen allerdings besonders gefördert wird.

Aufgrund der geplanten Orientierung der Dokumentation an konkreten Kursdurchführungen erscheint die Eingrenzung unabdingbar, Maßnahmen zur Erstausbildung von ausländischen Jugendlichen und zur beruflichen Weiterbildung von Aussiedler/-innen nicht in die Dokumentation aufzunehmen. Diese beiden Bereiche sind auf der Praxisebene dermaßen vielfältig, daß der Versuch einer Auflistung die Kapazität sowohl des Arbeitskreises als auch des Projekts BBM übersteigen würde. Allerdings sollten angesichts übergreifender Fragestellungen vor allem Forschungsprojekte und Modellprojekte zur Fortbildung des Ausbildungs- und Lehrpersonals in die Dokumentation aufgenommen werden, auch wenn sie ausdrücklich auf diese ausgegrenzten Bereiche bezogen sind.
Auf der Grundlage dieser Überlegungen wurde ein Raster zur Dokumentation erarbeitet. Eine zu erstellende Dokumentation nach diesem Raster geht bewußt davon aus, daß möglicherweise einzelne Eintragungen lückenhaft bleiben müssen, auch wenn - wie vorgesehen - gründliche Recherchen erfolgen.

♦

AK Weiterbildungsbegleitende Hilfen

Der Arbeitskreis arbeitet an konzeptionelle Überlegungen zu Weiterbildungsbegleitenden Hilfen

Die Diskussion bezog sich auf folgende Themenbereiche:

1. Bedeutung von WBH für Weiterbildungseinrichtungen
2. Umfang, Inhalt und Dauer von WBH
3. Kooperation im WBH-Verbund
4. Probleme der Umsetzung
5. Finanzierung von WBH
6. Fortbildung der Mitarbeiter

- Weiterbildungsbegleitende Hilfen (WBH) sind Maßnahmen, die die berufliche Fortbildung und Umschulung unterstützen und über betriebs- und umschulungsübliche Maßnahmen hinausgehen. Sie zielen darauf ab, (in diesem Fall: ausländischen) Umschülern und Fortzubildenden, die aufgrund sprachlicher Probleme, schulischer Defizite oder sozialer Schwierigkeiten besonderer Hilfe bedürfen, die Aufnahme, Fortsetzung und den erfolgreichen Abschluß einer beruflichen Fortbildung oder Umschulung zu ermöglichen. Vor allem durch Angebote von Stützunterricht zur Förderung sprachlicher Kompetenzen, dem Ausgleich schulischer oder

fachtheoretischer Defizite sowie durch sozialpädagogische Betreuung soll die besondere Situation ausländischer Weiterbildungsteilnehmer berücksichtigt werden.

- Der Umfang von WBH sollte durchschnittlich mindestens 3 bis höchstens 8 Stunden wöchentlich betragen. Auch Blockveranstaltungen sind möglich. Ergänzend zu betrieblichen Umschulungen können einzelne Weiterbildungsabschnitte auch in außerbetrieblichen Bildungseinrichtungen absolviert werden.
  Inhalte können je nach zu ermittelndem Bedarf Deutschunterricht, Fachsprache, math.-naturwissenschaft. Grundlagen, Fachtheorie und Fachpraxis (z.B. PC-Ausbildung) und sozialpädagogische Begleitung sein.

- Umschulungs- oder Weiterbildungsbegleitende Hilfen als zusätzliche Stützkurse mit sozialpädagogischer Begleitung in der beruflichen Fort- und Weiterbildung haben aufgrund der fehlenden Förderungsmöglichkeiten durch das AFG heute nur eine sehr geringe Verbreitung. Lediglich in einigen überbetrieblichen Bildungseinrichtungen oder in Modellprojekten (z.B. Berufsbildung für Frauen in der Migration, Frankfurt; VHS Berlin-Kreuzberg ...) wurden mit diesem Instrument in der beruflichen Weiterbildung Erfahrungen gesammelt.
  Für die Zukunft wird WBH vor allem wegen der Präferenzen des AFG für betriebliche Umschulungen eine größere Bedeutung beigemessen, auch wenn die Finanzierung noch nicht geklärt ist. Für die überbetrieblichen Bildungseinrichtungen bedeutet diese AFG-Weisung eine weitere Verschärfung der durch die Sparmaßnahmen der Bundesanstalt bereits heute sehr ernsten Lage, da ganze Umschulungsbereiche eingestellt, Werkstätten geschlossen und Fachkräfte entlassen werden müssen. Das Instrument WBH kann zwar in dieser Situation keinen vollwertigen Ausgleich bieten, jedoch können zumindest Teile des pädagogischen Personals eine neue Aufgabe erhalten und es kann vorhandenes pädagogisches know-how in WBH eingebracht werden.

- Aus pädagogischer Sicht sind WBH insbesondere in der beruflichen Bildung von Migranten eine sehr sinnvolle Ergänzung von Fortbildung oder Umschulung, mit der - in Verbindung mit Vorbereitungskursen - die bislang sehr hohe Abbrecherquote wesentlich gesenkt gesenkt werden könnte. Insgesamt gesehen erscheinen WBH angesichts der Sparmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (über deren Sinn und Form an dieser Stelle nicht diskutiert werden kann) als ein Instrument, das sowohl die Effizienz der betrieblichen und außerbetrieblichen Umschulungen und Fortbildungen steigern, als auch Problemgruppen des Arbeitsmarktes wie z.B. Migranten den Zugang zu und den erfolgreichen Abschluß von Regelmaßnahmen ermöglichen kann.

Weitere Informationen in einem der nächsten Hefte des BBM-Projektforums.

♦

Tagung Berufsorientierter Deutschunterricht

Am 21./22. Oktober führte der Sprachverband - Deutsch für ausländische Arbeitnehmer in Mainz eine Fachtagung durch, die sich mit Fragen des Deutschlernens in berufsvorbereitenden oder -begleitenden Maßnahmen mit ausländischen Jugendlichen und Erwachsenen beschäftigte.

Die Tagungsteilnehmer/-innen, die einführend ihre sehr unterschiedlichen Arbeitszusammenhänge vorstellten, betonten übereinstimmend, daß die Nachfrage nach berufsorientiertem Unterricht in der letzten Zeit beständig angestiegen ist und offensichtlich auch noch weiter ansteigt. Demgegenüber sei ein Mangel an angemessenem Unterrichtsmaterial, aber auch an grundlegenden Hilfen für die Konzeption des entsprechenden Sprachunterrichts zu konstatieren. Die Tagung wurde durch zwei ausführliche Referate strukturiert:

1. *Michael Kämper - van den Boogaart und Gunter Menge: "Korrelierendes Lernen - Sprache plus". Theorie und Praxis am Beispiel von berufsbezogenem Unterricht Deutsch als Fremdsprache*.
   Im Mittelpunkt des Referats stand die Frage, ob sich die Alltagskommunikation von der Berufsweltkommunikation unterscheidet. Entgegen einer herrschenden Meinung, daß Deutsch im Ausbildungsprozeß und im Berufsleben vor allem als "Fachsprache" benötigt werde, stellten die Referenten die Berufskommunikation als komplexe Anforderung vor, in der die Fachsprache lediglich eine Komponente bildet. Am Beispiel einer Fortbildungsmaßnahme Wirtschaftsdeutsch (für akademisch vorgebildete Lernende aus einem europäischen Land) mit Teilnehmern, die über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügten, wurde ausgeführt, wie Fach- und Sprachvermittlung miteinander verwoben sind. Wirtschaftsdeutsch bzw. das sprachliche Handeln im kaufmännischen Berufsleben kann als Lerngegenstand nicht umfassend definiert werden. Der Unterricht kann aber im Zusammenhang mit der Berufspraxis die mündliche und schriftliche handlungsbezogene Kommunikation verbessern. Der vorgestellte Unterricht verfolgte dieses Ziel, indem die Praxis möglichst real in den Unterricht integriert wurde: u.a. Expertenbegegnungen und -befragungen, Üben von situationsadäquaten Redemitteln, Telefontraining, Planspiele, Simultationen, aber auch Unterrichtung alltagskultureller Themen und deren Reflexion können z.B. diesem Ziel dienen.

   Auch bei der zweiten vorgestellten Maßnahme - Kurse, die über das Arbeitsamt für Aussiedler, Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge durchgeführt wurden und die auf den Eintritt in eine Berufstätigkeit zielen, die den Berufserfahrungen im Herkunftsland möglichst entsprechen - wird der Sprachunterricht wesentlich durch die Berufspraxis gestaltet. Das Praktikum selbst bietet eine Fülle von Sprechanlässen, die außerhalb des Praktikums mit seinen unmittelbaren Handlungsanforderungen im Sprachunterricht, also in einem geschützten Raum, aufgearbeitet werden können. Adäquates sprachliches Handeln als Ziel ist im Praktikum erfahrbar und kann im Schonraum Unterricht eingeübt werden, wobei die Lehrenden sich auf die Frage konzentrieren können, wie die als relevant erfahrenen Inhalte zu vermitteln sind.

In den Diskussionen zu dem Referat wurde kritisch angemerkt, daß diese Vorgehensweise eine enge Zusammenarbeit von Fach- und Sprachlehrkräften erfordert. Vor allem in außerbetrieblichen Maßnahmen seien die Fachlehrer häufig schon längere Zeit nicht mehr unmittelbar in der beruflichen Praxis tätig, so daß hier die Gefahr bestehe, daß sie die betriebliche Kommunikation nicht mehr in dem Maße beherrschten, wie es für dieses Vorgehen erforderlich sei. Umgekehrt können Deutschlehrende, die nicht auch fachlich kompetent seien, in ihrem Bemühen, Fachliches sprachlich aufzuarbeiten, den Prozeß der Aneignung von Fachwissen erheblich stören. Eine Sprachlehrkraft, die z.B. fachsprachliche Termini erklären soll und nicht genügend über die fachlichen Implikationen verfügt, trägt eher zur Verwirrung bei. Grundsätzlich wurde das Problem erörtert, daß Fachsprache nur im Zusammenhang mit dem Lernen von Fachwissen von Wert sein könne. Fachsprache quasi unabhängig von Fachwissen zu

unterrichten, sei eine ideelle Vorstellung. Bestenfalls könnte ein "Fachsprachenunterricht" die Häufung bestimmter alltagssprachlicher Strukturen (Nominalisierung, Passiv etc.) aufgreifen und als Hilfestellung für den Fachunterricht diese Strukturen sprachlich vorbereitend oder begleitend intensiv üben.

Im Hinblick auf die Aus- und Fortbildung für Sprachlehrkräfte wurde auf den Fortbildungsbedarf im methodischen Bereich hingewiesen. Wünschenswert wäre u.a., daß Sprach- und Fachlehrende den anstehenden Unterrichtsstoff gemeinsam exemplarisch für ausgewählte Bereiche didaktisieren und Transfermöglichkeiten erarbeiten. Für Fachlehrende sei eine Sensibilisierung hinsichtlich sprachlicher Probleme erforderlich, die im Fachunterricht den Lernprozeß beeinflussen. Spezifische sprachliche Probleme müßten den Sprachlehrkräften rückgemeldet werden und zudem müßten Fachlehrer vermehrt selbst lernen, Fachliches sprachlich so darzustellen, daß es leichter verstehbar wird, Texte müßten im Lehr-/Lernprozeß entlastet werden und die Vermittlung müsse mehrere sensitive (also erfahrungsbezogene) Kanäle einbeziehen.
Schließlich wurde die Frage erörtert, welche Sprachkenntnisse in der Zweitsprache bei den Lernenden vorausgesetzt werden müssen, ehe Fachliches in der Zweitsprache sinnvoll erarbeitet werden kann.

2. *Joachim Vögeding: Allgemeinsprache - berufsorientierte Sprache - fachbezogene Sprache*
   Der Referent, der mehrere Jahre am deutschen Gymnasium in Istanbul sowohl als Deutschlehrer als auch als Chemielehrer tätig war, stellte seine Erfahrungen und komplexen Überlegungen zum Zusammenhang von Fach- und Allgemeinsprache in ihrer Entwicklung vor. Die türkischen Schülerinnen und Schüler im deutschen Gymnasium werden ab ca. 11 Jahren auch in den naturwissenschaftlichen Fächern in der deutschen (Fremd-)Sprache unterrichtet, d.h. in einem Alter, in dem der Erwerb der Muttersprache noch nicht als abgeschlossen bezeichnet werden kann. Vorgeschaltet wird dem Gymnasialunterricht ein einjähriger intensiver Unterricht in Deutsch, nach dem ein relativ guter Standard in der Alltagssprache Deutsch erreicht wird. Mit der Unterscheidung (aus der amerikanischen Literatur) von BICS (basic interpersonal communication skills) und CALP (cognitive academic language proficiency) verwies der Referent auf die Schwierigkeit, das akademisch-kognitive Sprachverständnis in einer Fachsprache zu entwickeln. Die wesentliche Aufgabe von Schule, diese Sprachentwicklung (in der Muttersprache) zu fördern, verfolgt das Ziel, die Schülerinnen und Schüler zu befähigen, selbst kontextfrei sprachlich zu handeln und komplexe Zusammenhänge - auch abstrakt - exakt darzustellen. Eine Progression z.B. im Unterricht in naturwissenschaftlichen Fächern ist nur möglich, wenn ausreichende CALP-Kenntnisse erworben werden. Der fachliche Vermittlungsprozeß läßt sich nicht durch "Entlastung" des Sprachlichen einfacher gestalten, indem z.B. alle Aussagen auf Alltagssprache zurückgeführt werden.
   Mit Beispielen aus seiner Praxis in der Türkei stellte der Referent das Problem der doppelten Halbsprachigkeit bzw. "Semilingualismus" vor: Die Schülerinnen und Schüler am deutschen Gymnasium in Istanbul hatten weder in ihrer Muttersprache noch in der Fremdsprache Deutsch ihre Fähigkeiten im CALP-Bereich entwickeln können, werden aber mit kognitiven Aufgaben (in Deutsch) konfrontiert, die einen akademisch-kognitiven Sprachgebrauch erfordern. Zwischen dem intellektuellen Potential der Schüler und dem eingeschränkten Sprachvermögen entsteht eine Kluft, die sich ihrerseits negativ auf die kognitive Entwicklung auswirkt. Ähnlich einzustufen sei wohl auch die Erfahrung, daß bei Migrantenkindern und -jugendlichen häufig eine hohe BICS Sprachkompetenz festzustellen sei, die über das Defizit in der CALP Sprachkompetenz hinwegtäuscht. Der Referent plädierte aufgrund

seiner Erfahrungen dafür - zumindest im deutschen Gymnasium in der Türkei - die naturwissenschaftlichen Fächer in der Muttersprache zu unterrichten und so den CALP-Lernprozeß der Jugendlichen nicht zu unterbrechen oder zu behindern. Zumindest aber dürfe die fachsprachliche Ausbildung erst erfolgen, wenn bestimmte sprachliche Standards gesichert sind.

In der Diskussion wurde die Unterscheidung in CALP und BICS als hilfreich für die Beschreibung von Schwierigkeiten in Ausbildungs- und Umschulungsmaßnahmen begrüßt und vermutet, daß die Abbrecherquoten niedriger zu halten sind, wenn den Lernenden gezielt Unterstützung bei der Entwicklung des CALP-Bereichs angeboten werden könnte. Kritisiert wurde, daß nach den geltenden Bestimmungen der AFG-Förderung dieser Bereich zu sehr als "allgemeinbildend" definiert wird und somit nicht zu den förderungsfähigen Bestandteilen der beruflichen Bildung zählt. Abzulehnen seien Überlegungen, die niedrigere Hürden bei IHK-Prüfungen für Immigranten fordern, da hier programmiert werde, daß solche Prüfungen dann auch als geringerwertig eingestuft würden.
Wichtig seien Fortbildungsangebote für Fach- und Sprachlehrer, in denen ein gemeinsamer Austausch von Problemen der Lernenden im Gebiet der jeweils anderen Lehrkraft ausgetauscht und gemeinsame Vorgehensweisen überlegt werden könnten.

Nachrichten, Informationen, Materialien, Pinnwand

Berufliche Weiterbildung im Rückgang

Die Zahl der Eintritte in die berufliche Fortbildung, Umschulung und betriebliche Einarbeitung ist gegenüber dem Vorjahr in den ersten neun Monaten des Jahres 1993 stark zurückgegangen: 256.000 Personen begannen eine berufliche Weiterbildung, 38% weniger als 1992. "Dieser Rückgang ist vor allem die Konsequenz der vielfältigen Einschränkungen im Gesetz zur Änderung von Fördervoraussetzungen im AFG und in anderen Gesetzen (10. AFG-Änderungsgesetz; in Kraft ab 1.1.1993) und aufgrund von finanziellen Restriktionen".
Ausländer sind geringfügig weniger von diesem Rückgang betroffen: Mit 16.800 Eintritten in den ersten neun Monaten 1993 waren es 31% weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Ihr Anteil an der Teilhabe an der beruflichen Weiterbildung stieg von 6% (1992) auf 7% an. Gemessen an der Arbeitslosenquote - bei Ausländern 15%, gegenüber 9% allgemein - muß ihre Beteiligung allerdings weiterhin als gering bezeichnet werden.

Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 10 (1993).

Modellprojekt zur Ausbildung ausländischer Jugendlicher

Auf einer gemeinsamen Initiative des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, der Türkischen Botschaft, der Bundesanstalt für Arbeit und des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln, beruht das Modellprojekt "Berufliche Bildung türkischer Jugendlicher". Die Jugendlichen, die in anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet werden, erhalten einen zusätzlichen berufsbezogenen Unterricht in türkischer Fachsprache - außerhalb der betrieblichen Ausbildungszeiten. Im Verlauf der Ausbildung werden die Jugendlichen außerdem an einem fünfwöchigen Ausbildungsabschnitt in der Türkei teilnehmen. Die Möglichkeit zur Teilnahme am Projekt besteht in Berlin und Dortmund.
Ähnliche Modellmaßnahmen wurden bereits seit dem Ausbildungsjahr 1991 für spanische und seit Beginn des Ausbildungsjahrs 1992 für italienische Jugendliche durchgeführt; ein entsprechendes Modellprojekt mit griechischen Jugendlichen, das 1987 begonnen hatte, wurde 1992 abgeschlossen und in einem Abschlußbericht ausgewertet.

Nähere Informationen: Institut der deutschen Wirtschaft, Gustav-Heinemann-Ufer 84-88, 50986 Köln.

Deutschkurse gestrichen

Im Zuge der in fast allen Kommunen anstehenden Sparmaßnahmen fallen in vielen Städten auch zahlreiche Deutschkurse für Ausländer dem Rotstift zum Opfer. In Frankfurt am Main z.B. drohen nahezu hundert dieser Kurse - ein Drittel - wegzufallen. Nach VHS-Umfragen bemühen sich die Kursteilnehmer häufig aus beruflichen Gründen um eine Verbesserung ihrer Deutschkenntnisse.

Werkverträge mit Ausländern limitiert

Eine Neuregelung im Arbeitserlaubnisrecht sieht seit dem 1.10.1993 Obergrenzen für die Beschäftigung ausländischer Werkvertragarbeitnehmer bei deutschen Baufirmen vor.
Betriebe mit bis zu 30 gewerblichen Arbeitnehmern dürfen demzufolge bis zu sechs Werkvertragarbeitnehmer beschäftigen. Der Anteil der Werkvertragarbeitnehmer darf maximal 20% in deutschen Firmen bis zu 200 Arbeitnehmern und darüber hinaus maximal 15%, höchstens aber 200 Personen betragen.
Darüber hinaus dürfen Werkverträge für Bauleistungen nur noch dann genehmigt werden, wenn der deutsche Auftraggeber selbst ein Unternehmen der Bauwirtschaft ist.
Anmerkung: Bei ausländischen Werkvertragsarbeitnehmern handelt es sich *nicht* um sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Ausländische Polizisten

In den Vollzugsdienst der hessischen Polizei und Justiz sollen künftig auch Ausländer als Beamte eingestellt werden. Für Bewerber/-innen mit ausländischer Staatsbürgerschaft gelten dieselben Auswahlbestimmungen wie für Deutsche. Sie müssen zudem im Besitz einer Aufenthaltsberechtigung oder einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis sein, mindestens 10 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland gelebt haben, die Heimatsprache in Wort und Schrift beherrschen und den Wehrdienst abgeleistet haben bzw. von ihm befreit sein. Aufgrund des geltenden Beamtenrechts muß das Innenministerium Ausnahmegenehmigungen für die Einstellung erteilen. Bislang wurden fünf ausländische Staatsbürger als Angestellte im Justizvollzug in Hessen eingestellt. Sechs Angestelltenstellen bei der Polizei sollen möglichst noch 1993 besetzt werden.

Quelle: Hessisches Ministerium der Justiz

Zuwanderung erforderlich

Bei anhaltendem Geburtenrückgang und steigender Lebenserwartung werde die ansässige Bevölkerung der Europäischen Union bis zum Jahr 2020 um 11 Millionen auf 333 Millionen sinken. Die Zahl der Arbeitskräfte würde ohne Zuwanderung um 13 Millionen auf 144 Millionen Personen abnehmen. Diese "demographische Lücke" - so das Ergebnis einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln - könne nicht allein durch vermehrte Beteiligung von Frauen an der Erwerbstätigkeit, veränderte Ausbildung oder verlängerte Lebensarbeitszeit geschlossen werden. Das Institut prognostiziert bis zum Jahr 2020 einen jährlichen Bedarf von 900.000 Zuwanderern in die Europäische Union, davon 400.000 in Deutschland.

Quelle: Frankfurter Rundschau vom 27.11.1993

Europaweites Einreisevisum

Eine Ministerratsverordnung der Europäischen Union soll zukünftig die Einreise und das Aufenthaltsrecht in der EU von Angehörigen fremder Staaten einheitlich regeln, wie es bereits der Maastrichter Vertrag vorsieht. Artikel 100c des Maastrichter Vertrages bestimmt, daß der EU-Ministerrat nach Anhörung des Europaparlaments und auf Vorschlag der Kommission einstimmig eine Liste der Staaten erstellt, deren Bürger für die Einreise ein Visum besitzen müssen.
Für Bürger von Nicht-EU-Staaten bestünde hier insofern eine Erleichterung, als sie sich während der Gültigkeitsdauer ihres Visums in der ganzen Union frei bewegen könnten.

Quelle: Frankfurter Rundschau vom 25.11.1993

Zeitschrift für Erwachsenenbildung

Eine neue Zeitschrift , "DIE-Zeitschrift für Erwachsenenbildung" wird von der Pädagogischen Arbeitsstelle, demnächst **D**as **I**nstitut für **E**rwachsenenbildung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes seit dem 4. Quartal 1993 herausgegeben. Die Zeitschrift ist Bestandteil der Neustrukturierung von Periodika der PAS und richtet sich an alle pädagogisch Tätigen in Wissenschaft und Praxis. Sie erscheint viermal jährlich. Die Zeitschrift wird jeweils neben einem Magazin- und Infoteil Schwerpunktthemen aufgreifen: Die erste Ausgabe IV/1993 enthält Beiträge zum Thema Pädagogische Qualität, Heft 1/1994 zum Thema Armut.

Ergänzend zu der DIE-Zeitschrift werden ab 1994 die "DIE-Materialien" in unregelmäßiger Erscheinungsweise herausgegeben. DIE-Materialien werden Arbeitshilfen für die pädagogische Praxis enthalten. Die erste Ausgabe der DIE-Materialien wird in Zusammenarbeit mit dem Projekt BBM erstellt und Erfahrungen, Anregungen und Arbeitshilfen zum interkulturellen Lernen vorstellen (voraussichtlicher Erscheinungstermin: Ende Januar 1994).

Redaktion: Herbert Bohn, Richard Stang, Pädagogische Arbeitsstelle (PAS) • Institut für Erwachsenenbildung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, Holzhausenstr. 21, 60322 Frankfurt

Tagung "Bittersüße Herkunft"

Die Evangelische Akademie Arnoldshain und der Verband bi-nationaler Familien und Partnerschaften (IAF) laden ein zu einer Tagung zum Thema *Bittersüße Herkunft. Zur Bedeutung ethnisch-kultureller Aspekte bei Erkrankungen von Migrantinnen und Migranten* vom 21. - 23. Januar 1994. Die Tagung möchte ein Forum des Informationsaustauschs und der kontroversen Diskussion über die komplexe Problematik bieten.

Informationen und Anmeldung: Evangelische Akademie Arnoldshain, Martin-Niemöller-Haus, 61389 Schmitten (Tel. 06084-9440)

Lesetips

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): *Zur Situation ausländischer Jugendlicher im Bildungs- und Ausbildungssektor.* Antwort der Bundesregierung auf eine große Anfrage (Bildung Wissenschaft Aktuell 7/93), Bonn 1993. 24 S.
Zu beziehen beim Herausgeber, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 20 01 08, 5300 Bonn 2.

Die Broschüre dokumentiert die Antwort der Bundesregierung auf eine große Anfrage der SPD-Fraktion zur Situation ausländischer Jugendlicher im Bildungs- und Ausbildungssektor und ihren Integrationschancen in unserer Gesellschaft. Im Mittelpunkt des Interesses stehen Probleme des Zugangs zum Arbeitsmarkt und der beruflichen Erstausbildung.

♦

Heimat in Deutschland? - Bilder, Texte, Informationen. Nicht nur für den Unterricht / hrsg. vom Goethe-Institut, Sprachverband - Deutsch für ausländische Arbeitnehmer und der Pädagogischen Arbeitsstelle des DVV. 1993. 31 S.
Zu beziehen beim Sprachverband, Raimundistr. 2, 55118 Mainz und bei der Pädagogischen Arbeitsstelle des DVV, Holzhausenstr. 21, 60322 Frankfurt.

Die Broschüre ist eine Gemeinschaftsproduktion verschiedener Personen, Insitutionen und Verlage und will dazu beitragen, Aspekte zum Thema ausländische Bevölkerung im Deutschunterricht aufzugreifen. Die Materialien wurden mit didaktischen Hinweisen ergänzt.

♦

Willy Klawe, Jörg Matzen (Hrsg.): Thema: *Ausländerfeindlichkeit. Politische Bildungsarbeit auf dem Weg in die multikulturelle Gesellschaft* (berichte - materialien - planungshilfen), hrsg. von der Pädagogischen Arbeitsstelle des DVV), Frankfurt 1993. 222 S..
Zu beziehen bei: Pädagogische Arbeitsstelle des DVV, Holzhausenstr. 21, 60322 Frankfurt/M.

In dem Sammelband werden Erfahrungen und Ergebnisse in der Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen zu Fragen der Gestaltung des Zusammenlebens in einer multikulturellen Gesellschaft vorgestellt. Das Buch gliedert sich in drei Abschnitte: Der erste Abschnitt umfaßt Beiträge, die die verschiedenen Dimensionen des Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen und der Lebenssituation der Ausländer ausleuchten, skizziert Ursachen von Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit und formuliert pädagogische Zielsetzungen für die politische Bildungsarbeit. Der zweite Teil enthält erprobte Seminar- und Unterrichtsmaterialien zu verschiedenen Themenbereichen und praxisbezogene Vorschläge für deren Umsetzung in der Bildungsarbeit. Im dritten Teil werden Veranstaltungsformen mit unterschiedlichen Themenstellungen und Zielsetzungen beschrieben.

♦

Claudia Koch-Arzberger, Klaus Böhme, Eckart Hohmann, Konrad Schacht (Hrsg.): *Einwanderungsland Hessen*? *Daten, Fakten, Analysen*. Opladen (Westdeutscher Verlag) 1993. 213 S..

Der Band enthält neueste Daten und Informationen zu wichtigen Teilfragen der Lage von Ausländern (nicht nur) in Hessen. In den acht Beiträgen des ersten Teils werden die Entwicklung der Migration und die Einstellung von Deutschen zu Ausländern sowie ausgewählte Lebensbereiche (u.a. Wohnsituation, Beruf und Arbeit, Schulsituation) untersucht. Im zweiten Teil werden diese Beiträge durch kommentierte Statistiken ergänzt.

♦

Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsens e.V. (Hrsg.): *Friendship*. *Wir sitzen alle in einem Boot.*

1. Literaturempfehlungen für die interkulturelle Praxis. 37 S..
2. Spiele und Aktionen zur Förderung interkultureller Praxis. Juni 1993. 37 S..

Beide Broschüren sind zu beziehen bei dem Herausgeber, Postfach 37 20, 30037 Hannover.

Das Projekt Friendship will mit seinem Informationsbus "auf großer Fahrt ausländische und deutsche Niedersachsen näher bringen" und bezieht verschiedene Kommunikationsebenen in seine Arbeit ein. Die beiden Broschüren wurden im Rahmen dieses Projekts erstellt.

♦

Nationale Koordinierungsstelle Horizon im Europabüro des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (Hrsg.): *Projekte und Maßnahmeträger der Gemeinschaftinitiative Horizon. Berufliche Integration für Behinderte, Benachteiligte und Migranten*. Bonn, Oktober 1993. 145 S..
Zu beziehen beim Herausgeber, Endenicher Str. 125, 53115 Bonn.

Bisher wurden mehr als 120 Projekte in Deutschland in Horizon bewilligt oder zur Bewilligung vorgeschlagen. Die vorgelegte Broschüre gibt einen umfassenden Überblick über die Konzepte der verschiedenen Maßnahmen und führt u.a. die Adressen der Ansprechpartner an.

♦

SPD-Parteivorstand (Hrsg.): *Ausländische Jugendliche im Einwanderungsland Deutschland*. (Schriftenreihe Jugendpolitik. Bd V). Bonn, o.J.. 125 S.
Zu beziehen beim Herausgeber, Referat Vertriebs-Service, Ollenhauerstr. 1, 53113 Bonn

Die Veröffentlichung wurde als Tagungsbroschüre zu einem gleichnamigen Forum der SPD im Oktober 1993 erstellt. In acht Beiträgen von PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen wird die Situation von ausländischen Jugendlichen im Ausbildungs- und Berufsleben und in ihrer gesellschaftlichen Perspektive umrissen.